

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei G. F. Alrici & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in Meseritz bei H. Matthias.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. F. Daube & Co.,  
Haafenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Göttingen  
beim „Invalidendank“.

Nr. 73.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Sonntag, 29. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeitspaltze oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

**Abonnements auf die Posener Zeitung pro  
Monat Februar und März werden bei allen  
Post-Anstalten zum Preise von 3 Mark  
64 Pfg., sowie von sämtlichen Distributen-  
ren und der unterzeichneten Expedition zum  
Betrage von 3 Mark entgegengenommen,  
worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam  
machen.**

**Die neu hinzutretenden Abonnenten erhalten  
den Anfang der Erzählung: „Im Unglück  
stark“ unentgeltlich nachgeliefert.**

**Expedition der Posener Zeitung.**

### Offizielle Polemik.

„Wir werden dem Reichstagsabgeordneten Herrn Hänel und  
den diesem ergebenen Präorgane nicht gestatten, gelegentlich  
der Dienstagsdebatten den Thatbestand zu verdunkeln und zu  
entstellen.“ Mit diesen Worten leitete die „N. Allg. Ztg.“ einen  
Artikel ein, in welchem sie in der diesem Blatte eigentümlichen  
geschmackvollen Form den Abgeordneten Hänel für die leidens-  
chaftlichen Zwischenfälle in der Reichstagsitzung vom 24. d. M.  
verantwortlich zu machen sucht. Wir wüßten nicht, in welcher  
Beziehung seitens des genannten Abgeordneten oder der liberalen  
Presse auch nur der geringste Versuch einer Verdunkelung des  
Thatbestandes gemacht worden wäre, wüßten auch ebensowenig,  
inwieweit dazu ein Anlaß vorliegen sollte. Was Herr Hänel  
ausgesprochen hat, ist durch den stenographischen Bericht festge-  
stellt und wird von ihm sicher nicht geleugnet werden. Die  
Streitfrage liegt eben nur darin, ob die ruhigen und sachlichen  
Ausführungen Hänels geeignet waren, eine so leidenschaftliche  
Szene zu provozieren. Und hinsichtlich dieser Frage erinnert die  
„Voss. Ztg.“ zur rechten Stunde an eine Aeußerung des Abge-  
ordneten von Bennigsen in der Abendsitzung des Reichstags vom  
15. Dezember 1881. „Wir haben in Deutschland bislang ge-  
glaubt“, so sagte damals Herr von Bennigsen, „daß wenn eine  
Staatsregierung und ihre Maßregeln heftig angegriffen werden,  
sie sich dann schützend vor den Monarchen  
stellen sollte, der vielleicht unter diesen Angriffen mit  
leiden könnte — aber, daß eine angegriffene und  
gefährdete Regierungspolitik den Schild der  
Person des Monarchen für sich in öffentlicher Reichstags-  
versammlung in Anspruch zu nehmen wagt,  
das haben wir noch nicht für möglich gehalten. Dagegen lege  
ich, wie ich behaupte, nicht bloß im Namen meiner Freunde und  
der ganzen liberalen Seite des Reichstages, nein, im Namen,  
wie ich das fest annehme, vieler Personen aus anderen Parteien  
Verwahrung ein, daß ein solcher Versuch gemacht ist, ein Versuch,  
der zu den bedenklichsten Folgen führen kann.“ Wenn diese  
Worte des nationalliberalen Abgeordneten mit den Auslassungen  
des Abgeordneten Hänel verglichen werden, so wird jeder Unbe-  
fangene zugestehen, daß sie sich zwar inhaltlich decken, daß aber  
die Aeußerungen des letztgenannten Abgeordneten unbedingt vor-  
sichtiger und maßvoller in der Form gehalten sind.

Es wird angesichts dieser Thatsache dem offiziellen Blatte  
natürlich doppelt schwer, sich der ihm gestellten Aufgabe zu ent-  
ledigen. Selbst der gläubigste Leser der „N. Allg. Ztg.“ muß  
bedenklich den Kopf schütteln, wenn er sich den Verlauf der De-  
batte gegenwärtig hält und dann in dem darauf bezüglichen Ar-  
tikel des offiziellen Blattes den Satz findet: „Ueberhaupt lehnte  
Herr Hänel sich am Dienstag genau an die fortschrittliche und  
demokratische Tradition an, wonach auf logische Ausfüh-  
rungen über Verfassungsfragen Insinuationen als die beste  
Antwort gelten.“

Der Abgeordnete Hänel wird sich über die maß- und  
taktlosen Angriffe der offiziellen Presse leicht hinweg setzen,  
er konnte ja nach den bisherigen Gepflogenheiten der-  
selben auf Aehnliches gefaßt sein, aber man kann nicht um-  
hin, bei solchen Gelegenheiten immer wieder die Frage aufzu-  
werfen, ob der Regierung, als deren berufene Vertreter sich ja  
die Blätter dieses Schlages gern geriren, mit einer solchen Ver-  
tretung gedient ist. Wenn der Ausfall der letzten Reichstags-  
wahlen unzweifelhaft nicht den auf dieser Seite gebegten Er-  
wartungen entsprochen hat, so hat die offiziöse Presse aller  
Schattierungen gewiß ihren rebellischen Antheil daran. Was haben  
denn, so fragen wir, jene maßlosen persönlichen Angriffe ge-  
fruchtet, welche zur Zeit der Wahlbewegung gegen die hervor-  
ragenden Vertreter der liberalen Parteien gerichtet wurden, was  
fi der Erfolg aller jener Verleumdungen und Verdächtigungen  
gewesen, die man in der Presse gegen sie geschleudert hat? Die

Wählerschaft hat darauf die gebührende Antwort gegeben, indem  
sie diese Männer mit noch größeren Mehrheiten als früher zu  
ihren Vertretern im Parlament berief. Und wenn jene Angriffe  
jezt, wo dieselben Männer in ihrer Eigenschaft als Vertreter  
des deutschen Volkes einen berechtigten Anspruch auf erhöhte  
Rücksicht haben, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit  
in derselben Form fortgesetzt werden, so muß sich auch unter  
den anständigen politischen Gegnern der Angegriffenen die Ueber-  
zeugung mehr und mehr beseztigen, daß diese Form des Ein-  
tretens für die Interessen der Regierung nicht nur eine un-  
zweifelhafte Schädigung dieser Interessen, sondern auch eine  
Schädigung für unser gesamtes politisches Leben in sich schließt.

Wir können der hier und da ausgesprochenen Ansicht, daß  
es doch vielleicht besser wäre, gegen beleidigende Angriffe sowohl  
auf die Gesamtheit unserer Volksvertretung, wie auf einzelne  
Mitglieder derselben durch gewisse Präorgane den Schutz der  
Gesetze anzurufen, keineswegs beistimmen, wir meinen, daß man  
dadurch diesen Blättern nur zu einer Bedeutung verhelfen würde,  
welche sie nicht verdienen, aber wir würden es im eignen Inter-  
esse der Regierung für richtig halten, wenn dieselbe auf eine  
solche Vertretung freiwillig verzichtete und nicht dadurch, daß sie  
dergleichen Blätter zu verschiedenen Rundgebungen benutzt, den  
Anschein erweckte, als ob sie mit Ton und Haltung derselben  
einverstanden wäre.

### Die Lösung der sozialen Frage.

Die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ bezeichnet es  
als die eigentliche Aufgabe des preussischen Königs-  
thums in der gegenwärtigen Zeit, durch eine weise Berücksich-  
tigung der berechtigten Forderungen der arbeitenden Klassen  
eine soziale Revolution zu verhüten. Wir sind weit entfernt,  
dieser Anschauung entgegenzutreten, im Gegentheil: wenn, wie  
allgemein anerkannt wird, die Lösung der „sozialen Frage“ die  
Hauptaufgabe der inneren Staatsthätigkeit der Gegenwart ist, so  
ist in erster Linie derjenige politische Faktor dazu berufen, der  
durch seine Erhabenheit über dem Getriebe der Parteien die  
Probleme unseres Staatslebens mit weitem und unbefangenen  
Blick zu erkennen und den Gang der Dinge durch das Schwerk-  
gewicht seiner historischen Stellung zu beeinflussen im Stande ist.  
Aber was berechtigt das gouvernementale Blatt, dem Königthum  
diese Aufgabe zu stellen in schroffem Gegensatz zu dem liberalen  
Bürgerthum? Wie kommt die „Nordd. Allg. Ztg.“ im Beson-  
dern dazu, diesen Gegensatz zu konstruiren in Verbindung mit  
einer Polemik gegen die Person des Abg. v. Bennigsen? Kaum  
irgend Jemand im Reichstage hat die Berechtigung ja die Noth-  
wendigkeit einer sozialpolitischen Aktion der Reichsregierung  
unumwundener anerkannt, als Herr von Bennigsen.  
Oder hat er es damals, als der Unfallversicherungsentwurf ein-  
gebracht wurde, nicht als ein hohes Verdienst des Reichskanzlers  
bezeichnet, die Initiative zu einer praktischen Lösung dieser und  
ähnlicher Fragen ergriffen zu haben? Wenn er dabei die vom  
Fürsten Bismarck gewählten Mittel nicht überall hat billigen  
können, so ist das eine Thatsache, die Angesichts der überaus schwie-  
rigen und verwickelten Angelegenheit gar nicht anders erwartet  
werden konnte. Hat nicht der Kanzler wiederholt erklärt, daß  
ein gesetzgeberischer Abschluß seiner sozialpolitischen Reformpläne  
nicht sofort zu ermöglichen sein werde, daß mit seinem Programm  
Arbeit für ein Menschenalter gegeben sei? Ein irgendwie stich-  
haltiger Grund, Herrn v. Bennigsen speziell unter die grundsätz-  
lichen Gegner der in Rede stehenden Reformpolitik zu rechnen,  
ist also nicht vorhanden. Ebenso wenig aber sind die Vorwürfe  
des offiziellen Blattes gegen die Liberalen im Allgemeinen be-  
rechtigt. Das „herrschende Element des Liberalismus“, die  
„Bourgeoisie“, soll nicht gewillt sein, die Opfer, welche  
die sozialpolitischen Reformen von den Besthenden  
fordern, zu leisten. Welcher Art sind denn diese Opfer? Der  
Unfallversicherungsentwurf der Reichsregierung forderte von dem  
Arbeitgeber 2/3 der Versicherungsprämie, während 1/3 theils von  
dem Arbeiter, theils von der Gesamtheit der Steuerzahler ent-  
richtet werden sollte. Statt dessen legt der Entwurf der Libe-  
ralen die ganze Versicherungsprämie ausschließlich dem Arbeit-  
geber auf. Wie stimmt dazu jene Beschuldigung der „Nordd.  
Allg. Ztg.“? Ueberhaupt zeugt es, um ein jüngstes geflügeltes  
Wort zu gebrauchen, von einer ungewöhnlichen Feindschaft gegen  
die Wahrheit, wenn das Blatt Angesichts des Entwurfs der  
Liberalen schreibt: „Der Liberalismus, die liberale Bourgeoisie  
leistet . . . jeder Anregung einer wirklich sozialen Reform einen  
erbitterten Widerstand, der mehr als einen Zug mit religiösem  
Fanatismus gemein hat.“ Dazu kommt noch die bezeichnende  
Parallele, welche zwischen der Lage vor 1866 und der heutigen  
gezogen wird. Wie damals das Königthum seine nationale Poli-  
tik gegen den Liberalismus habe durchsetzen müssen, so heute  
seine Sozialpolitik. Ob und wie diese unzweideutige Anspielung  
auf einen bevorstehenden Konflikt mit der bekannten Erklärung  
des Reichskanzlers vom letzten Dienstag in Einklang zu bringen,  
mag dahingestellt bleiben. Zu konstatiren ist nur die Frivolität,

mit welcher die „Nordd. Allg. Ztg.“ in der verhängnißvollsten  
Frage unseres inneren Staatslebens ohne jeden berechtigten An-  
laß einen prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Throne und dem  
liberalen deutschen Bürgerthum zu schaffen bemüht ist. Erreichen  
wird sie ihren Zweck freilich nicht. Denn nichts in der Welt,  
am wenigsten die Erdichtungen und Gezeirten einer übereifrigen  
Presse, wird dieses Bürgerthum von dem Königthum und Kaiser-  
thum der Hohenzollern zu trennen im Stande sein.

### Deutschland.

+ Berlin, 27. Januar. Die Aussichten auf eine baldige  
Beendigung des kirchenpolitischen Streites  
stützen sich, soweit die Regierung in Betracht kommt, zur Zeit  
lediglich auf die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Vorlage;  
die Aussichten dieses Gesezstwurfs aber sind bei der Stellung  
der Parteien zu dem Prinzip der diskretionären Vollmachten  
außerordentlich dunkel. Eine Korrespondenz der „Grenzboten“,  
welche bis jezt wenigstens das Schicksal der wiener „Polit.  
Korresp.“ noch nicht ereilt hat, hat für die Abneigung der Libe-  
ralen gegen die diskretionären Vollmachten eine außerordentlich  
einfache Erklärung; die Liberalen verlangen, daß die Regierung  
vom Parlament abhängig sei, und wollen zu diesem Zwecke das  
Zentrum als stets zur Opposition bereit vor den unwiderstehlichen  
Umnarmungen der Regierungsgewalt retten. Da „die Konser-  
vativen theils aus reiner romantischer Hinneigung zu Rom, theils  
in Folge des Aberglaubens, die römische Politik werde ihre re-  
aktionären Bestrebungen fördern“, der römischen Kirche möglichst  
viel Einfluß verschaffen wollen, so müssen auch die „Grenzboten“  
eingestehen, daß die Sachlage eine höchst ungünstige ist. Nichts-  
destoweniger hoffen sie auf Besserung, wenn die Konservativen  
ihre Wünsche „ihrem Vertrauen auf die Politik des Reichskanz-  
lers unterordnen“ und wenn das Zentrum, vom Papste an-  
geregt, für den Regierungs-Entwurf stimmt. Wir bezwei-  
feln keinen Augenblick, daß Fürst Bismarck sich bei  
nächster Gelegenheit gegen die Unterstellung verwahren wird,  
er gehe darauf aus, Konservative und Zentrum durch Berufung  
auf den Willen des Königs und des Papstes an den Triumph-  
wagen seiner diskretionären Bevollmächtigungspolitik zu spannen.  
Dergleichen Andeutungen sind unserer Ansicht nach in höchstem  
Grade bedenklich. Im Uebrigen hat „das offiziöse Blatt des  
Kanzlers“, wie die „Grenzboten“ die „Nordd. Allg. Ztg.“ be-  
zeichnen, ein viel weniger kompromittirendes Auskunftsmittel aus-  
sfindig gemacht. „Nach Allem, was wir bisher aus den berliner  
liberalen Blättern (bezüglich der Revision der Matgesetze) entneh-  
men, finden wir in deren Absichten nichts, was die Regierung nicht  
für alle von polnischen Bestrebungen freien Landestheilen ohne  
erheblichen Schaden konzediren könnte. Aber das Gesamt-  
resultat wird schwerlich eine Friedensbasis liefern. Was  
darauf (d. h. über die Abänderungsvorschläge der Libe-  
ralen) hinaus an Zugeständnissen für die katholische Kirche  
liegt, wird nur durch Mitwirkung des Zentrums in die Gesez-  
gebung eingeführt werden können.“ Die kirchenpolitische Vor-  
lage wäre also nur der Rahmen, in den, falls das Zentrum  
gute Miene zum bösen Spiel macht, weitere Zugeständnisse  
an die katholische Kirche eingefügt werden können. Wenn diese  
umfangend genug sind, wird es an der „Anregung“ seitens des  
Papstes sicherlich nicht fehlen.“

Ueber den Antrag des Abgeordneten Rich-  
ter betreffend die Einstellung eines Betrages von 10 Millionen  
Mark aus den Ueberschüssen des laufenden Jahres in den neuen  
Etat äußert sich die „L. C.“ folgendermaßen:

„Der Abschluß der Reichstagsession ist durch die überraschenden  
Bedenken, welche gegen den Antrag des Abg. Richter, 10 Millionen  
Mark aus den Ueberschüssen des laufenden Etatsjahres in den Etat  
für das nächste Jahr einzustellen, um die Erhöhung der Matrikular-  
beiträge um diese Summe überflüssig zu machen, von Neuem hinaus-  
geschoben worden. Der Staatssekretär im Reichsschatzamt hat schon  
am 24. November v. J. einen Ueberschuß der Einnahmen über die  
Ausgaben des laufenden Etatsjahres von 15 1/2 Millionen als wahr-  
scheinlich bezeichnet und hat auch heute an dieser Meinung festgehalten.  
Da sich diese Berechnung auf einen Zeitraum bezieht, der zu 1/2 bereits  
abgelaufen ist, so hat dieselbe jedenfalls eine sicherere Grundlage als  
alle übrigen Positionen in dem Etat für ein Rechnungsjahr,  
welches noch gar nicht angefangen hat. Eine ernste Verlegen-  
heit für die Finanzverwaltung kann also bei der Annahme  
des Antrags Richter nicht entstehen. Unter dieser Vor-  
aussetzung aber würde es völlig widersinnig sein, einen sicheren  
Ueberschuß von 15 Millionen in der Reichsschatze liegen zu lassen, gleich-  
zeitig aber den Einzelstaaten von den 12 Millionen Einnahmen aus  
der neuen Reichsstempelsteuer 10 Millionen in der Form der Erhöhung  
der Matrikularbeiträge wieder abzunehmen. Angesichts des preussischen  
Etatentwurfs für das nächste Jahr, der 6 1/2 Millionen Mark zu  
Steuerermäßigungen verwenden will, obgleich ein Defizit von 5 Mill.  
durch eine Anleihe gedeckt werden muß, hätte man erwarten müssen,  
daß die preussische Regierung selbst den Antrag Richter unterstützt hätte.  
Anstatt denselben mit dilatorischen Einwänden zu bekämpfen. Daß die  
Anhänger der Steuerreform des Reichskanzlers die Gelegenheit un-  
benutzt lassen sollten, der beschämenden Nothwendigkeit, Steuerermä-  
gigungen durch Anleihen zu decken, zu enttrinnen, sollte man doch für  
ausgeschlossen erachten.“

Vor dem Kaiser fand heute Mittag 1 1/4 Uhr auf  
dem Hofe des königlichen Palais die bereits angekündigte Ver-









### Bekanntmachung.

Die Ausgabe der neuen Kuponsbogen zu den neuen Posener Pfandbriefen

für die fünf Jahre vom 1. Juli 1882 bis 1. Juli 1887 beginnt mit dem 15. Mai dieses Jahres.

Die Pfandbriefs-Inhaber werden daher hierdurch aufgefordert, die Talons behufs Erhebung neuer Kuponsbogen erst vom 15. Mai d. Js. ab an die Kasse der neuen Posener Landschaft, Abtheilung für Kuponsausgabe,

nicht an die Direktion — frankirt einzusenden. Diesen Talons muß ein Verzeichniß beigelegt werden, in welchem die Stückzahl derselben nach Serien und laufenden Nummern aufgeführt ist.

Die Ueberschrift des Verzeichnisses lautet:

„Verzeichniß über . . . . . Stück Talons zu neuen Posener Pfandbriefen behufs Ausantwortung von Zinskupons für die 5 Jahre vom 1. Juli 1882 bis 1. Juli 1887. Eingereicht von . . .“ (nun ist Name, Stand und Wohnort deutlich zu schreiben. Einsender, welche auf dem Lande wohnen, haben auch die nächste Poststation anzugeben),

Nachdem das Verzeichniß mit den Serien und Nummern der Talons ausgefüllt ist, hat der Einsender noch folgende Quittung darunter zu setzen und zu unterschreiben:

„Den Empfang der den oben verzeichneten Talons entsprechenden . . . . . Stück Kuponsbogen für die fünf Jahre vom 1. Juli 1882 bis 1. Juli 1887 nebst neuen Talons bescheinigt.“ (Ort und Datum.)

Ohne Quittung wird kein Kuponsbogen verabfolgt, sondern das Verzeichniß dem Einsender zur Vollziehung portopflichtig zurückgesandt.

Formulare zu den Verzeichnissen können seiner Zeit bei unserer Kasse und bei unseren General-Agenten Hirschfeld & Wolf in Posen und in Berlin unentgeltlich in Empfang genommen werden. Auch haben sich die genannten Herren General-Agenten bereit erklärt, denjenigen Pfandbriefs-Inhabern, welche ihre Vermittelung in Anspruch nehmen wollen, die neuen Kuponsbogen unentgeltlich zu beschaffen.

Posen, den 16. Januar 1882.

Königliche Direktion des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

Unter Bezugnahme auf obige Bekanntmachung fügen wir zur gefälligen Beachtung der Pfandbriefs-Inhaber noch hinzu, daß Formulare zu den Verzeichnissen, sowie auch die neuen Kupons nicht bloß durch unsere Häuser in Berlin und Posen unentgeltlich zu erhalten sind, sondern auch durch folgende Bankhäuser:

- in Breslau die Herren Oppenheim & Schweitzer,
- in Bromberg Herrn Albert Arous,
- in Glogau die Kommandite des Schlesiens Bankvereins,
- in Stettin Herrn Wm. Schlutow,
- in Dresden die Herren George Menzel & Comp.,
- in Görlitz die Kommunalständische Bank für die Preuß. Ober-Lausitz.

Hirschfeld & Wolf, General-Agenten der neuen Posener Landschaft.

Zu Maskenkostumen empfehle: Velvets in den besten und effektivsten Lichtfarben zu sehr billigen Preisen.

Schwarze Velvets in allen Qualitäten. Atklasse in allen Farben, von 1,80 Mk. per Meter an.

P. Salomon, 5. Wilhelmsstraße 5.

Spezialität für Sammet und Seidenwaaren, schwarze Cachemires und Grenadines.

### Ausstellung für Spiritus-Industrie in Berlin.

16. Februar — 5. März 1882.

### Verein der Spiritus-Fabrikanten in Deutschland.

Generalversammlung und 25jähriges Jubiläum.

Berlin 15.—18. Februar.

Versammlung der Chemiker und Prefehesfabrikanten am 15. Februar. Festversammlung und Eröffnung der Ausstellung am 16. Februar. Technische Versammlungen am 17. und 18. Februar. Vorträge über Kontrolle des Brennereibetriebes und der Prefehesfabrikation von Dr. M. Delbrück und Dr. M. Gaydud. Berlin, 20.—26. Februar. Näheres durch das Bureau des Vereins der Spiritus-Fabrikanten Invalidenstr. 42.

### Patent- und Modellschub-Ausstellung.

### Grosse Frankfurter Lotterie.

II. Serie.

Ziehung

am 31. März d. J.

Preis des Looses 1 Mark.

1 Mark.

Haupt-Gewinne im Werthe von

M. 20,000,

12,000, 6000,

Zwei à 5000 etc.

3500 Gewinne im Werthe von 160,000 M.

Franco-Zusendung der Loose u. Ziehungslisten geg. Beifügung v. 20 Pf. (Ausland 30 Pf.)

B. Magnus, Frankfurt a./M. General-Debit.



Die Maschinenbau-Anstalt, Brückenwagen- und Patent-Achsenfabrik von A. C. Herrmann BERLIN NO., Elisabeth-Strasse 19 empfiehlt Patent-Wagenachsen

Deutsches Reichs-Patent No. 17128.

mit öldichten Achsbuchsen. Die Gefahr des Bruches ist beseitigt. Das Aufbringen und Lösen der Räder erfolgen ohne Zeitverlust. Jede Verschwendung von Schmiermitteln ist unmöglich. Die Achsen haben sich bei dem Gebrauch glänzend bewährt.

### Beleuchtungs-Gegenstände

zu Del, Gas & Petroleum, Luxus-Gegenstände, versilberte Artikel, sämtliche Metallwaaren zum Haus- & Küchengebrauch empfiehlt

### Wilhelm Kronthal,

Wilhelmsplatz 1.

Fabrikant und alleiniger Repräsentant der Gesellschaft Christoffe & Co., Paris u. Carlsruhe. Fabrik für versilberte und Silberwaaren.

Fabriks-Niederlage von Gummi-Waaren für Dampftrieb und chirurgische Artikel.

### Kaffee, Thee, Cacao, Vanille aus Hamburg.

Der vorzüglichste Kaffee-Ernte wegen bin ich in diesem Jahre in der Lage meinen Kunden bedeutend bessere Waare für den alten Preis zu liefern. Ich verende franes und verzollt incl. Verpackung gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages in Sächgen von 9/10 Pfd. Netto:

9/10 Pfd. f. Menado	Mk. 14.25	1 Pfd. Mandarin-Peccothee	Mk. 4.—
9/10 " Perl-Ceylon	" 13.30	1 " hochfein Souchong	" 2.50
9/10 " vorst. gelb Java	" 12.82	1 " guten Congo	" 2.—
9/10 " ff. grün Java	" 10.92	1 " Imperial (grün)	" 3.—
9/10 " Apr. Mokka	" 10.45	1 " f. enölt. Cacaopulver	" 3.—
9/10 " g. Santos (vorz.)	" 9.50	3 ganze Schoten Vanille	" 50
9/10 " Campinus (Sorten)	" 8.55	Thee, Cacao, Vanille u. b. Rasse beiegepact.	

Kaffee in ganzen Ballen Netto 130 Pfd., à Pfd. 10 Pf. billiger, franco und verzollt. Waaren-Versand-Magazin von C. H. Waldow in HAMBURG, an der Koppel 50. — (Preisconrant gratis.) Höhere könipl. angestellte Beamte erhalten die Waare auf Wunsch ohne Nachnahme.

Engelhard's Island. Moos-Pasta. In den Apotheken. Schachtel 75. Pfg.

### Steinbruch-Verkauf.

Der nahe Station Königswalde bei Neurode i. Schl., innerhalb der dazu gehörigen circa 50 Morgen Acker und 30 Morgen zur Waldanlage bestimmten, zum Theil beplanten Fläche, belegene Quarzit-Steinbruch

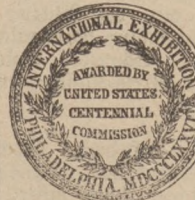
ist, weil Besitzer andere Geschäfte, sofort zu verkaufen oder zu verpachten. Die vortheilhafte Lage, der anerkannt vorzügliche Stein, für dieselben Zwecke wie Granit, sichern dem Grundstück eine gute Zukunft. Herr Gasthofbesitzer C. Sübner in Deutengrund, Kreis Neurode, erteilt Näheres.

### Jean Fränkel, Bankgeschäft.

Berlin S.-W., Kommandantenstr. Nr. 15.

Kassa-, Zet- und Prämien-Geschäfte zu coulantem Bedingungen, Couponseinlösung provisionsfrei. Genaueste Auskunft über alle Werthpapiere ertheile gratis und bereitwilligst.

Meinen Börsen-Wochenbericht sowie meine vollständig ungearbeitete und erweiterte Brochüre: Kapitalanlage und Speculation in Werthpapieren mit besonderer Berücksichtigung der Prämien-Geschäfte (Zeitgeschäfte mit beschränktem Risiko) versende gratis.



1880 Silberne Staats-Medaille.

J. Skóraczewski,

Schuhmachermeister, Alten Markt Nr. 55, I. Etage.

Mit Gegenwärtigem erlaube mir dem geehrten Publikum Breschens und Umgegend die ergebene Mittheilung zu machen, daß die bisher durch meinen verstorbenen Sohn unter der Firma:

K. Winzewski junior

geführte

Eisen-, Kohlen-, Superfosfate- und Samen-Handlung

in unveränderter Weise weiter fortführen werde mit der Versicherung der reellsten und besten Bedienung.

Hochachtungsvoll und ergebenst

K. Winzewski.

### STOLLWERCK'SCHE BRUSTBONBONS

Die ausserordentliche Verbreitung dieses Hausmittels hat eine ebenso grosse Zahl ähnlicher Präparate als Nachahmer hervorgerufen, welche sich nicht entblöden Verpackung, Farbe und Etikette in täuschender Weise herzustellen. Die Packete des ächten Stollwerck'schen Fabrikates tragen den vollen Namen des Fabrikanten und kennzeichnen sich die Verkaufsstellen durch ausgelegte Firmenschilder.

Berlin. JUDLIN'sche Berlin.

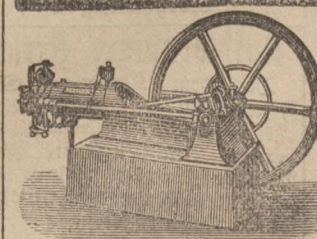
Färberei. Chemische Reinigungs-Anstalt Druckerei für Garderoben, Meubles, Teppiche, Gardinen etc. Annahme: Posen, Joh. Slomowska, Wilhelmsstraße. Original-Fabrik-Preis.

### Winterkuren

bei Verstopfung, Trägheit der Verdauung, Verschleimung, Hämorrhoiden, Magen- und Darmkatarrh, Frauenkrankheiten, Verstimmung, Leberleiden, Sichte, Blutwallungen etc., mit dem natürlichen

Friedrichshaller Bitterwasser

nach ärztlicher Vorschrift haben sich stets bewährt. Broschüren und Gebrauchsanweisungen in allen Mineralwasserhandlungen und Apotheken.



Otto's neuer Gasmotor

von 1/2 bis 20 Pferdekraft (Patent der Gasmotor-Fabrik Deutz) wird für die Provinzen Posen, Pommern, Ost- und Westpreußen, Schlesien, sowie das Herzogthum Anhalt ausschließlich durch die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Berlin NW. Moabit und Dessau, gebaut.

Bewährteste, jederzeit betriebsbereite Betriebskraft! Kein Maschinenwärter — Zahlreiche Maschinen in obigen Provinzen in Betrieb. Preis-Courante gratis und franco.



